

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Redaktionen und die Verlagsanstalt des Verlagsbesitzers entgegen. - Druck und Vertrieb durch den Verleger - Druckerei Nr. 22.

Redaktionsadresse: Die Redaktion des Auer Tageblattes, Postfach 10, Leipzig, am Hauptbahnhof, gegenüber dem Postamt, im Erdgeschoss des Gebäudes, welches früher als Postamt diente.

Telegraphische Anzeiger-Nummer: 1000. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nummer: Post Leipzig Nr. 4120

Nr. 94

Dienstag, den 22. April 1924

19. Jahrgang

### Die Parteizersplitterung in Deutschland.

Von Reichstagsabg. Alfred Brabant (Deutsche Demokratische Partei).

Am Donnerstag ist die Frist abgelaufen, bis zu welcher die Einreichung der Kreiswahlvorschläge für die Reichstagswahlen bei den Kreiswahlleitern zu erfolgen hatte. Nicht weniger als 18 sind es in unserem Wahlkreis Chemnitz-Westfachsen! Und aus anderen Kreisen werden noch größere Zahlen gemeldet! Eine Erscheinung, die sehr viel zu denken gibt, eine Erscheinung, die den Vaterlandsfreund nur mit schwersten Sorgen für die Zukunft erfüllen kann. Für ein Volk in Not, wie das deutsche, muß das erste Gebot sein Geschäftsfähigkeit. Statt deren nur immer ärgere Selbstzerfleischung im inneren Kampf! Parteien hatte unser Volk bisher schon über genug an Zahl. Die gesunde Entwicklung wäre es, wenn wir zu einem System weniger Parteien kämen wie in England, Amerika. In Westeuropa hat es nicht gefehlt, verwandte Gruppen zum Zusammenschluß zu führen, das Trennende hinten an, das Einigende voran zu stellen. Die gegenwärtige Entwicklung müssen wir feststellen, immer neue Splitter trennen sich von den alten Gruppen ab, immer neue Gründungen treten in die Erscheinung. Eigenbrödel und der Größe, eine politische Rolle zu spielen, lassen immer wieder neue Männer auftreten, die kurzfristige und Mißbegünstigte um sich sammeln und sich von ihnen zum Führer erheben lassen; oft sind es Männer, die aufgeführt haben, in ihrer bisherigen Partei eine Rolle zu spielen, bisherige Abgeordnete, die von ihrer Partei nicht wieder aufgestellt worden sind. Typisch dafür ist die nationalliberale Vereinigung, die Zersplitterung der deutschen Volkspartei. Immer derselbe Vorgang: Man tritt irgendwo zusammen, schließt auf die Parteien, das Parteiwesen, und um dem ein Ende zu machen, gründet man — eine neue Partei, die den „Stein der Weisen“ gefunden hat und von dem andern und sich sagt, wie es schon in einer Glosse von Goethe heißt: „Jene machen Partei, welche unerwartetes Beginnen, aber meine Partei freilich, versteht sich von selbst.“ Schon bei den letzten Wahlen in Bayern traten nicht weniger als 18 Parteien auf. Derselbe Haß im Reich betruß nach einer schon wieder überholten Zusammenstellung Berliner Blätter vor drei Wochen 26 und so kann sich schließlich die Wählererschaft in unserem Wahlkreis noch gratulieren, daß es „nur“ 18 Listen sind, unter denen sie sich zu entscheiden hat. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 waren es 5 neben 2 sozialistischen (SPD. und USPD.) 3 bürgerliche: Demokraten (Republikaner), Deutschnationalen (Monarchisten) und Zentrum. Das war noch einfach, übersichtlich. Bei den Reichstagswahlen von 1920 schob sich zwischen Demokraten und Deutschnationalen die Deutsche Volkspartei ein, neben die beiden sozialistischen Gruppen traten die Kommunisten. Und jetzt, 1924, erhalten die Deutschnationalen Konkurrenz in den „Bürgerlich-Sozialen“ und den „Deutsch-Sozialen“, die Volkspartei in der erwähnten nationalliberalen Vereinigung, die schon auf dem Boden der Republik stehenden Demokraten in der „Republikanischen“ Partei. Neben den bürgerlichen Parteien tut sich noch auf eine „Wirtschaftspartei des Mittelstandes“ (Gründung der Hausbesitzer), angeschlossen an die Reichsliste des — bayerischen Bauernbundes. Und zuletzt noch treten mit einer Sonderliste auf den Plan die — „Imphäner als „Hauserbund“. Wohin soll diese Zersplitterung noch führen? Nur ein schwacher Trost ist die Gewissheit, daß nur wenige der Neugründungen Siege im Reichstag erhalten werden; viele Hunderttausend Stimmen werden unter den Tisch fallen. Dafür sprechen alle bisherigen Erfahrungen mit kurz vor der Wahl erfolgten neuen Gründungen, insbesondere die Wahl in Bayern, wo von den 8 neuen Gruppen einschließlich der Mittelstandspartei keine einzige einen Sitz erhielt. (Die „Bürgerlich-Sozialen“ waren dort keine Neugründung.)

Die unheilvolle Zersplitterung wird in Deutschland ungewollt gefördert durch das geltende Wahlsystem mit seiner Ueberbahrung des Gedankens der Verhältnismäßigkeit mit den zu großen Wahlkreisen, mit dem Listenwesen. Diese Erkenntnis drückt sich immer mehr Bahn, aus allen Parteien weisen immer mehr Stimmen auf die Gefahren und Schäden des Wahlsystems hin. Wenn dieses noch von den Parteiführern — mit Ausnahmen — lebhaft verteidigt wird, so ist es nur zu erklärlich: Es gibt keine bequemere und sicherere Art in das Parlament zu gelangen, als zum Spitzenkandidaten einer größeren Partei nominieren zu werden; die Nominierung bedeutet ja schon Ernennung zum Abgeordneten. Es muß eins der ersten Aufgaben des neuen Reichstages sein, ein Wahlsystem abzuändern, das mit weicher Demokratie wenig zu tun hat. Dabei wird auch

ernstlich geprüft werden müssen, ob es bei der Bedeutung des Wahlrechts im neuen Staat und dem Verantwortungsbewußtsein, das vom Wähler verlangt werden muß, für die Allgemeinheit noch weiter tragbar ist, daß schon die Zwangsjährigen mit wählen dürfen!

### Der Kampf um die Ruhr-Pfänder.

Nach einer von der Agentur Havas halbamtlich veröffentlichten Erklärung sind die französischen offiziellen Kreise der Ansicht, die am Donnerstag von der Reparationskommission getroffene Entscheidung werde gewinnen, wenn sie vervollständigt und präzisiert würde. Zweifelslos werde die französische Delegation bei der Reparationskommission unverzüglich offiziell über den Standpunkt des französischen Ministerpräsidenten unterrichtet werden. Die französische Regierung habe die Initiative ergriffen, Sachverständigenausschüsse einzusetzen, und sie habe nicht gezögert, das Verdienst ihrer Arbeiten anzuerkennen und ihre Schlussfolgerungen en bloc anzunehmen. Die französische Regierung wolle also heute nichts davon zurücknehmen, jedoch müßten die alliierten Regierungen vor eine klare und formelle Entscheidung der Reparationskommission gestellt werden, die in der Zukunft zu keinerlei Zweideutigkeiten Anlaß gebe.

Die Reparationskommission habe nun in ihrer Entscheidung vom 17. April ohne andere Präzisierung die Schlussfolgerungen und die Reserven des Sachverständigenrates, soweit sie ihrer Kompetenz unterstehen, angenommen, andererseits aber den alliierten Regierungen die Schlussfolgerungen zur Annahme empfohlen, die ihrer Kompetenz unterstehen. Es bestehe also ein Interesse, daß die Reparationskommission ausdrücklich erkläre, was bei der Ausführung des sehr verwickelten Planes den interessierten Parteien zur Durchführung zustehe. Nach Ansicht der Sachverständigen habe tatsächlich die Reparationskommission alle Befugnisse, gewisse Organisationen des neuen Planes zu fixieren. Aber die Sachverständigen hätten eine grundsätzliche Regel aufgestellt, über die die französische Regierung nicht feilschen könne, sie müsse aber wissen, ob die französisch-belgischen Organisationen im Ruhrgebiet aufgegeben oder ob sie erst in dem Maße, in dem sie die wirtschaftliche Einheit Deutschlands führen, umgewandelt werden sollen, wenn Deutschland den anempfohlenen Plan zur Ausführung gebracht hat.

Die deutsche Regierung müsse vor allem die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen erlassen und die nötigen Organisationen für die Bildung der Emissionsbank und für die Reichseisenbahngesellschaft durchzuführen, sie müsse die industrielle Hypothek vermitteln, die Steuern erhöhen usw. Also erst, wenn das Deutsche Reich einen sichtbaren Beweis seines Willens gegeben habe, an dem endgültigen Plan der Reparationskommission mitzuarbeiten, könnten Frankreich und Belgien aufgefordert werden, das wirtschaftliche Pfand im Ruhrgebiet gegen ein anderes, weitergehendes Kontrollsystem auszutauschen.

Dann werde unermittlich die Frage der Garantien und der Sanktionen aufgeworfen, die die Sachverständigen nicht behandelt hätten, da diese Maßnahmen einen politischen Charakter hätten. Die französische Regierung nun wolle, bevor sie die Druckmittel ausbeute, über die sie jetzt verfügt, sich von vornherein mit den anderen alliierten Mächten über die Sanktionen verständigen, die nach gemeinsamen Abkommen für den Fall getroffen werden müßten, daß Deutschland bei der Ausführung der neuen Bedingungen versage; in London dagegen wolle man sich erst nach einer etwaigen Verletzung des Deutschen Reiches und zwar nach Kenntnis des Charakters derselben darüber äußern. Es sei klar, daß Poincaré darauf bestehen würde, seine These zum Siege zu führen, wenn die Stunde der Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen gekommen sei. Er werde das mit uns großem Ueberzeugen tun, als die Erfahrung gezeigt habe, daß man keine Sanktionen anzuwenden brauchte, wenn die Alliierten entschlossen waren, sie durchzuführen. Frankreich, das Pfänder im Ruhrgebiet besitzt, deren Wirksamkeit bezweifeln sei, würde sehr naiv handeln, wenn es sie gegen ein einfaches Versprechen der deutschen Mitarbeit aufgab und ohne versichert zu sein, daß das Deutsche Reich sich nicht noch einmal seinen Verpflichtungen entziehen werde. Frankreich gelte sein Entgegenkommen genügend dadurch, daß es die Empfehlungen der Sachverständigen annehme, man könne ihm also nicht die unerlässlichen Garantien verweigern, deren Berechtigung die Sachverständigen sogar anerkannt hätten.

### Dr. Schacht für mündliche Verhandlungen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat einen Berichterstatter des „Axelstor“ empfangen, dem er u. a. erklärte, die Arbeit der Sachverständigen sei aufgebaut auf finanziellen und wirtschaftlichen Grundfragen von unantastbarer Folgerichtigkeit. Es schiene ihm jedoch, daß bei der Abschätzung der von Deutschland in den ersten Jahren zu zahlenden Summe die Zahlungsfähigkeit überschätzt worden sei; er befürchte im Anfang Schwierigkeiten, namentlich was die Finanzierung der Sachlieferungen anbetreffe; alles hänge allerdings von der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands ab. Was die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Entente anbetreffe, glaube er, daß es anzunehmen sei, sich nicht in

Einzelheiten zu verlieren. Man dürfe keinen Augenblick aus dem Auge verlieren, von welcher Bedeutung es sei, daß Deutschland mit den alliierten Mächten, besonders aber mit Frankreich wieder in normale wirtschaftliche Beziehungen trete. Wenn man zum Ziele gelangen wolle, müsse man die diplomatischen Noten durch persönliche Ausprachen zwischen Männern ersetzen, deren Kompetenz anerkannt sei, und die von der Größe ihrer Mission überzeugt seien.

### Poincaré will das Ruhrland noch zwei Jahre lang behalten.

Durch die Vermittlung des englischen Botschafters in Paris Lord Crewe hat Poincaré, wie aus London berichtet wird, der britischen Regierung seine Absicht mitgeteilt, die Ruhrpfänder für Frankreich während einer Uebergangszeit von etwa zwei Jahren aufrecht zu erhalten. Sollte sich inzwischen der gute Wille Deutschlands erwiesen haben, dann würden die Ruhrpfänder mit dem von den Sachverständigen vorgeschlagenen Pfändern verschmolzen werden.

### Die Kosten der Ricumbverträge.

Aus Duisburg wird gemeldet: In der Sitzung der Revier-Betriebsräte wurde über die verlängerten Ricumbverträge mitgeteilt, daß für das Reich die finanzielle Tragung der zweimonatigen Vertragsverlängerung 300 bis 350 Millionen Goldmark ergebe. Inzwischen sei auch die Steigerung der Kohlenlieferungen von 1 1/2 auf 1,8 Millionen Tonnen durchgeführt worden.

### Austausch von Gefangenen.

W. T. B. meldet: Wie wir hören, haben im Anschluß an den bekannten Spionageprozeß gegen den französischen Hauptmann Vendaries d'Armont zwischen der deutschen und der französischen Regierung Verhandlungen über den Austausch politischer Gefangener stattgefunden. Als deren Ergebnis wird zunächst die Freilassung der deutschen Reichsangehörigen Verdum, Berger, Schwebel, v. Wedelstaedt, Schulte-Petum, Winde erfolgen, die zum Teil bereits seit Jahren in Strafanstalten festgehalten werden und deren Strafzeit meist noch lange, in einem Falle bis 1937 läuft.

Aus Leipzig wird gemeldet: Als Ergebnis der deutsch-französischen Verhandlungen über den Austausch politischer Gefangener hat der französische Hauptmann d'Armont, der Ende März wegen Spionage gegen Deutschland zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, Leipzig in Richtung Frankfurt a. M. verlassen.

Eine Beschwerde gegen Stresemann. Der Republikanische Reichsbund hat beim Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem zuständigen Ausschuß des Reichstages eine Beschwerde gegen den Reichsminister Dr. Stresemann eingereicht, weil er sich in Hannover, dem Programm der Deutschen Volkspartei entsprechend, grundsätzlich als Monarchist und als Verteidiger der schwarz-weiß-roten Farben bekannt hat. Ein Minister, der derartiges sage, verstoße gegen seine Amtsverpflichtung gegenüber den unantastbaren Wahlkampf. In der „München-Augsburger Abendzeitung“ schreibt Ludendorff über die Verwilderung des Wahlkampfes und erklärt, er sei mit einer solchen Kampfesweise nicht einverstanden und erwarte von seinen Freunden, daß sie den Wahlkampf in sachlicher Weise führen.

Waffenverbot für bayrische Staatsbetriebe. Die bayrische Staatsregierung erließ ein allgemeines Verbot der Freier des 1. Mai für die Staatsbetriebe und für die Dienststellen der Kommunalverwaltungen des Freistaates Bayern. Zum Mordanschlag in Weimar. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Dr. Neubauer, dessen Immunität auf Antrag des Oberreichsanwalts aufgehoben wurde, hat sich durch Fluß der Verhaftung entzogen. Die Untersuchungsakten Neubauers sind bekanntlich aus dem Landtagsgebäude gestohlen worden. Die Polizei sucht mit Recht den Dieb unter den Kommunisten. So wurde am Donnerstag das Gebäude der kommunistischen „Neuen Zeitung“ und der Bezirksleitung der KPD. von einem stärkeren Aufgebot von Kriminalbeamten besetzt und Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Entlassung Wagnitruener Offiziere in Griechenland. Die „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Die Regierung hat die Freilassung von 72 Offizieren, darunter acht Generälen, ausgeprochen, die sich bis jetzt gewehrt haben, ohne vorherige Treuentbindung durch den früheren König den Eid auf die Republik zu leisten.

Die französische Befugnisbehörde beghnabigte heute bei den Verhandlungen zu der Düsselberger Sonderabfertigung beantragte Schutzpolizisten; sie mußten jedoch das besetzte Gebiet verlassen.

Der amerikanische Sachverständige des Dolmetschschusses Young verließ auf dem Dampfer „Belatshan“ Frankreich.

Worpen mittags findet in Wemlich unter Beisein des englischen Königs die Eröffnung der britischen Reichsausstellung, der größten Ausstellung der Welt, statt. Auf der gestrigen Sitzung der Konferenz der unabhängigen Arbeiterpartei Englands sprach Alexander